

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/226

Bonn, den 26. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 | <u>Bundespräsident Heinemann in den Niederlanden</u> "Die Bundesrepublik hätte keinen besseren Mann entsenden können" | 50 |
| 2 - 3 | <u>Europa vor der Gipfelkonferenz</u> Regierungschefs stehen vor schweren Aufgaben Von Egon C. Heinrich | 95 |
| 4 | <u>Kein Startschuß, aber eine grundlegende Entscheidung</u> Mit Blick auf die Landtagswahlen in Bayern | 34 |

A N H A N G

| | | |
|-------|---|-----|
| 1 - 3 | <u>Frankreichs demokratische Linke</u> Über den Zerfall zur Neuformierung? Von Georg Scheuer, Paris | 134 |
|-------|---|-----|

Bundespräsident Heinemann in den Niederlanden

"Die Bundesrepublik hätte keinen besseren Mann entsenden können"

sp - Der Besuch des Bundespräsidenten Dr. Dr. G. Heinemann in den Niederlanden geht seinem Ende entgegen. Kein Miston trübte den Aufenthalt des Bundespräsidenten bei unseren Nachbarn, wo die Erinnerung an das schreckliche im Namen des deutschen Volkes Geschehene immer noch lebendig ist. Würdevoll und seiner großen Verantwortung bewußt, sind Bundespräsident Heinemann und seine Gattin an die Stätten des Gedenkens für die Opfer der Hitler-Diktatur gegangen. Unsere niederländischen Nachbarn sind nicht überschwänglich. Auch sie haben den deutschen Bundespräsident und seine Begleitung mit Würde begrüßt. Nicht ohne innere Bewegung, so sagte Bundeskanzler Willy Brandt vor der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, habe er diesen ersten Staatsbesuch eines deutschen Staatsoberhauptes in den Niederlanden verfolgt.

In den Ansprachen, die von den niederländischen Gastgebern gehalten wurden, und in den Antworten des Bundespräsidenten klangen stets der Wille zur Überwindung alles dessen durch, was viele Niederländer bis heute noch vom deutschen Volk trennt. Hierbei geht es nicht um leichtes Vergessen, es geht um das Erkennen des Vergangenen und um die vielfach zum Ausdruck gebrachte Hoffnung zur Gestaltung einer besseren Zukunft.

Wenn der Bundespräsident davon sprach, daß die europäischen Völker, ja, daß die Menschheit viel mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit der Erforschung eines gesicherten Friedens widmen müsse, so fand er mit dieser Aufforderung die rückhaltlose Zustimmung seiner Gastgeber.

Es ist nicht von ungefähr, daß gerade ein Mann wie der neue deutsche Bundespräsident in den Niederlanden mit soviel innerer Bereitschaft zum Aufschlagen eines neuen Kapitels im Buch der deutsch-niederländischen Beziehungen empfangen wurde. Als Rotterdams Bürgermeister Thomassen sagte: "Hier in Rotterdam kommen Sie nicht zu früh, man darf sich heute nicht mehr von der Vergangenheit bedrücken lassen, sondern muß nach vorne schauen", empfanden alle, die diesen denkwürdigen Treffen beiwohnten, daß hier mehr zum Ausdruck gebracht wurde, als eine Höflichkeit.

Die Gastgeber Heinemanns zeigten dem deutschen Bundespräsidenten mit Stolz ihre großartigen Aufbauleistungen, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg vollbracht haben. Sie legten ihm aber auch ihre Sorgen dar und sprachen Probleme an, die in enger Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden gelöst werden können.

Wenn der Bundespräsident nach Bonn zurückkehrt, kann er es in der Gewißheit tun, dem deutschen Volk und dem europäischen Gedanken einen guten Dienst geleistet zu haben. Und wenn in der niederländischen Presse geschrieben wird, daß die Bundesrepublik keinen besseren Mann als Heinemann nach den Niederlanden hätte entsenden können, so wird dadurch einmal mehr bestätigt, von welcher großer Bedeutung die Wahl Heinemanns zum deutschen Bundespräsidenten war. Heinemann hat mit diesem Staatsbesuch in den Niederlanden als politisch integrierte Persönlichkeit und als Repräsentant der deutschen Demokratie uns allen einen großen Dienst erwiesen. Wir sind ihm Dank dafür schuldig.

Europa vor der Gipfelkonferenz

Regierungschefs stehen vor schweren Aufgaben

Von Egon C. Heinrich

Innerhalb und außerhalb des Gemeinsamen Marktes sieht man mit gespannter Erwartung und großen Hoffnungen der EWG-Gipfelkonferenz am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag entgegen. Wird es den verantwortlichen Politikern der Sechsergemeinschaft gelingen, das europäische Schiff wieder flott zu machen und eine Therapie für die politisch und wirtschaftlich kränkelnde EWG zu finden?

Wir müssen heute feststellen, daß aus der im großen und ganzen sehr erfolgreichen wirtschaftlichen Einigung nicht automatisch der politische Zusammenschluß hervorgeht; vielmehr ist sogar die Wirtschaftsgemeinschaft selbst in Gefahr. Montanunion, EURATOM und EWG-Markt liegen gleichsam in der Agonie. In vielen Bereichen der Integration ist eine Rückführung der Gemeinschaftspolitik in die nationale Souveränität und die Wiederaufrichtung nationaler Grenzregelungen zu konstatieren. Die Erweiterungsfrage der EWG ist seit dem ersten Veto de Gaulles von 1961 in einer Sackgasse, was sich auch auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit negativ auswirkte. Trotz mancher Versuche war daher in den letzten Jahren an eine politische Union nicht zu denken.

Angesichts dieses wenig erfreulichen Zustandes der Europapolitik ist der Haager Konferenz eine fast unlösbare Aufgabe gestellt. Ein Mißerfolg im Haag würde den Desintegrationsprozeß enorm beschleunigen. Man sollte daher von dem Gipfeltreffen keine Wunder erwarten. Es wäre schon viel, wenn grundsätzliche Einigung über die Erweiterung, den inneren Ausbau und die Vollendung der EWG erzielt werden könnte. Die jüngsten Beschlüsse der EWG-Außenminister berechtigen zu einem gewissen Optimismus, auch in der Beitrittsfrage. Paris scheint endlich zur Aufnahme von Verhandlungen EWG-Großbritannien bereit zu sein. Allerdings können sich diese Verhandlungen über viele Jahre hinziehen; an ihrem Ende könnte wiederum ein Veto stehen. Für Paris liegt die Priorität zur Zeit noch eindeutig bei der Vollendung der EWG, vor allem im Bereich der Agrarpolitik. Erst wenn Frankreich die Agrarfinanzierung in der Tasche hat, will es über England verhandeln. Nachdem die Außenminister am 11. November dem Vorrang des inneren Ausbaus und der Agrarfinanzierung zugestimmt haben, ist beim Gipfel im Haag jetzt Paris mit Konzessionen in der Beitrittsfrage am Zuge.

Die Regierungschefs sehen sich folgenden vier Hauptproblemen der Europapolitik gegenüber:

- * a) Vollendung der Europäischen Gemeinschaften, d.h. Übergang von der Zoll- zur Wirtschaftsunion mit dem Ziel der Schaffung binnenmarktähnlicher Verhältnisse in den sechs Ländern;
- * b) Vertiefung der Gemeinschaft, d.h. demokratischer und institutioneller Ausbau der EWG; Direktwahl und Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, Stärkung der supranationalen Institutionen;
- * c) Aufnahme aller beitragswilligen europäischen Staaten in den Gemeinsamen Markt sowie Sonderabkommen mit den neutralen Ländern;

- * d) Beginn einer politischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der
- * Außen- und Verteidigungspolitik mit dem Ziel der Schaffung
- * einer europäischen politischen Union und eines solidarisches
- * weitpolitischen Verhaltens der europäischen Staaten.

Die Bundesregierung geht wohlgerüstet und mit konkreten Vorstellungen nach Den Haag. Bundeskanzler Willy Brandt braucht nur jene Europapolitik konsequent weiter zu verfolgen, die er während der letzten Jahre als Außenminister vertreten hat. Er dürfte allerdings deutlich machen, daß die Zeit der Veto-Politik vorüber ist und daß die beitragswilligen Staaten nicht mehr länger draußen vor der Tür der EWG gehalten werden dürfen. In seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 sagte der Bundeskanzler bei dem Haager Gipfeltreffen wörtlich: " Die Bundesregierung wird auf der Konferenz in Den Haag darauf hinwirken, daß wirksame Maßnahmen zur Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft und zur verstärkten politischen Zusammenarbeit eingeleitet werden. Der bevorstehenden Konferenz der Sechs kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen."

Bonn hat zwar noch immer das Pfand der EWG-Agrarfinanzierung in der Hand. Man sollte sich jedoch nicht der Hoffnung hingeben, damit Paris stark unter Druck setzen zu können. Andererseits wird Staatspräsident Pompidou nicht die Verantwortung für ein Scheitern der Konferenz übernehmen wollen, nachdem das Gipfeltreffen von Paris selbst vorgeschlagen worden war. Die Haager Konferenz wird zeigen, ob die französische Europapolitik nach dem Rücktritt de Gaulles wirklich in eine andere Richtung geht.

Das Europäische Parlament hat Anfang November auf einer Sondersitzung seine Forderungen präzisiert. Dabei war auffallend, daß auch die konservativen Abgeordneten einer sehr progressiven Entschloßung zustimmten. Darin sieht man in Kreisen des Europäischen Parlaments ein positives Vorzeichen für die Haltung der französischen Regierung in Den Haag. Denn immerhin wird in der Resolution die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in den kommenden Monaten gefordert.

Das Europäische Parlament forderte von der Haager Konferenz ferner, zu einer Einigung über den Aufbau und die Stellung Europas zu kommen. Die politische Union solle stufenweise verwirklicht werden und schon 1970 Gestalt gewinnen. Zur Vervollständigung, Stärkung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften wird ein Aktionsprogramm verlangt. In einzelnen erwarten die 142 Europa-Abgeordneten eine gemeinsame Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, die Direktwahl und Stärkung des Europäischen Parlaments sowie die Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes. Der Übergang zur Endstufe des Gemeinsamen Marktes soll fristgemäß Ende 1969 eintreten.

Es bleibt zu hoffen, daß die führenden Politiker sich ihrer Verantwortung gegenüber den europäischen Völkern bewußt sind. Die Vereinigten Staaten von Europa werden auch in Den Haag nicht kreiert werden können. Aber es könnte doch die europäische Unlust überwunden und das europäische Selbstbewußtsein gestärkt werden. Daraus ergäbe sich dann automatisch ein neuer Auftrieb für die angeschlagenen Europäischen Gemeinschaften. Europa kann kein Selbstzweck sein; es hat vor allem dem Frieden, der Sicherheit und dem Wohlstand der europäischen Völker zu dienen.

Kein Startschuß, aber eine grundlegende Entscheidung

Mit Blick auf die Landtagswahlen in Bayern

spk - Landesvorstand und Landesausschuß der SPD in Bayern haben in der letzten Woche eine wichtige Entscheidung getroffen. Sie als Startschuß für den Landtagswahlkampf zu betrachten, wäre unrichtig, es handelt sich aber sicher um eine grundlegende Maßnahme, auf der nun die weiteren Vorbereitungen für die Auseinandersetzung im nächsten Jahr aufbauen.

Bisher war die SPD in Bayern der Meinung, daß die Politik einer Partei zu jeder Zeit durch bestimmte Persönlichkeiten vertreten wird; es bedürfte daher auch vor Wahlen keiner besonderen Mannschaft. Der "Landeswahlkampf" des Jahres 1962 war eine Ausnahme. Seine Funktion ging außerdem über die Führung des Wahlkampfes hinaus.

Diesmal hat sich die SPD dazu entschlossen, im Wahlkampf eine sozialdemokratische Mannschaft für Bayern zu präsentieren. Landesvorstand und Landesausschuß haben außerdem nahezu einstimmig festgestellt, daß Landesvorsitzender Volkmar Gabert diese Mannschaft führen wird und daß er "der designierte Ministerpräsident einer sozialdemokratisch geführten Staatsregierung" ist.

Die Aufstellung der Mannschaft dürfte bereits Anfang Januar erfolgen. Gabert wurde das Vorschlagsrecht eingeräumt; der Landesausschuß wird über die gesamte Liste in einem Abstimmungsgang entscheiden.

Die SPD wird auch die Aufstellung der Landtagskandidaten rasch über die Bühne bringen. Der größte Teil der Kandidaten wird bis Ende des Jahres nominiert sein. Im Januar dürften die letzten Stimmkreis Konferenzen stattfinden. Die personellen Entscheidungen wurden ganz bewußt so frühzeitig angesetzt, denn die SPD hat dann alle Hände frei, sich mit den Vorbereitungen des Landtagswahlkampfes zu beschäftigen. Daß es ein hartes Ringen werden wird, dürfte feststehen. Natürlich wird die Opposition versuchen, die Regierung aus dem Sattel zu heben. Worum es der CSU geht, hat ihr Vorsitzender Strauß kürzlich im "Bayernkurier" durchblicken lassen. Seine These, die neue Bundesregierung wird nicht halten, wenn die "CSU-Festung" durchhält, ist eher umgekehrt richtig. Wenn die CSU bei dieser Landtagswahl eine Schlappe hinnehmen muß, verlieren die Unionsparteien einen wichtigen Brückenkopf für den Gegenangriff zur Rückeroberung der Macht in Bonn.

Frankreichs demokratische Linke

Über den Zerfall zur Neuformierung?

Von Georg Scheuer, Paris

Während die SPD in der Bundesrepublik Deutschland regiert und die Labourparty weiterhin Englands Geschicke leitet, sind Frankreichs demokratische Sozialisten nach wie vor gespalten und infolge ihrer Uneinigkeit von Regierungsverantwortung weiter denn je entfernt.

54:46 Prozent - ein Symptom?

Dabei ist die "objektive Situation" der französischen Linken durchaus nicht ungünstig, wie beispielsweise die Nachwahl im Departement Yvelines westlich von Paris Ende Oktober bewies. De Gaulles letzter Premierminister Couve de Murville wurde bei dieser Gelegenheit von einem unabhängigen Linkskandidaten, dem Vorsitzenden der PSU (Parti Socialiste Unifié) Michel Rocard mit 54:46 Prozent geschlagen. - Dieses Wahlergebnis gilt im französischen Regierungslager als Alarmsignal. Denn es könnte bei Neuwahlen in vielen Departements zu ähnlichen Ergebnissen kommen, zugunsten dieses oder jenes Linkskandidaten, wenn gleich die verschiedenen Linksparteien in den einzelnen Wahlkreisen unterschiedlich stark verankert sind. Die Gesamtzahl der Linkswähler ist nicht geringer geworden und könnte, vereint mit dem linken Flügel des Zentrums, einen knappen Sieg erringen.

Vier sozialistisch-demokratische Parteien

Es gibt in Frankreich derzeit vier sozialistisch-demokratische Parteien:

1. Die aus der SFIO hervorgegangene Parti Socialiste (P.S.) unter der Führung ihres neugewählten Generalsekretärs Alain Savary. (Guy Mollet hat sich von der Parteiführung zurückgezogen.) Die PS wurde im Frühjahr 1969 auf dem Parteitag in Alfortville bei Paris gegründet und sollte ursprünglich alle demokratisch-sozialistischen Gruppen umfassen. Tatsächlich erfaßt sie aber bis jetzt nur einen erheblichen Teil der früheren SFIO und einige "Clubs".

2. Die "Convention" unter der Führung von Francois Mitterrand. Sie sollte sich ursprünglich mit der SFIO zur neuen Parti Socialiste vereinen, ist aber vorläufig selbständig geblieben. Mitterrand beabsichtigt zuerst die Gründung einer eigenen "Nouveau Parti Socialiste" (Neue Sozialistische Partei) und "bearbeitet" zu diesem Zweck seit einigen Monaten die französische Provinz, wo er "von unten her" für eine "wirklich" sozialistische Partei wirbt, strebt aber letzten Endes zu einem Zusammenschluß aller sozialistisch-demokratischen Kräfte, in welcher er ähnlich wie in der Staatspräsidentenwahl 1965 eine Schlüsselrolle spielen will.

3. Die "Parti Radical", Frankreichs alte linksbürgerliche Partei,

seit kurzem unter der Führung von Jean-Jacques Servan-Schreiber. Der frühere Chefredakteur des "Express" empfiehlt - zum Unterschied von den herkömmlich marxistischen oder jakobinischen Gedankengängen der Parti Socialiste und der Convention - das Beispiel der schwedischen Sozialdemokratie. Servan-Schreibers Versuch wird mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

4. Die PSU (Parti Socialiste Unifié), eine Abspaltung der SFIO zu Beginn der 60er-Jahre, erlebt seit einem Jahr einen bemerkenswerten Aufschwung. Ihr junger Vorsitzender Michel Rocard erhielt als Kandidat für die Staatspräsidentenwahl im Juni 3,6 Prozent und in den Nachwahlen bei Paris im Oktober zuerst 21 Prozent und dann 54 Prozent.

Vermischte Karten

Das Kräfteverhältnis zwischen diesen vier Richtungen ist derzeit unklar. Der letzte gesamtfranzösische Wahlgang - die Staatspräsidentenwahl im Juni 1969 - gibt kein gültiges Bild, höchstens Hinweise, denn die Karten waren vermischt. Der sozialistische Kandidat Gaston Defferre erhielt bei dieser Gelegenheit bekanntlich nur fünf Prozent, der Linksozialist Rocard dreieinhalb Prozent. Viele Linkswähler stimmten mangels eines gemeinsamen sozialistisch-demokratischen Kandidaten entweder für den Kommunisten Duclos oder für den Liberalen Poher.

November 1969

Nach wie vor verfügt die Parti Socialiste als faktische Fortsetzung der SFIO über organisatorische Schwerpunkte vor allem in Nordfrankreich und in Marseille, die Radikale Partei über Positionen in Südwestfrankreich, Mitterrand über Stützpunkte an der Loire, die PSU über Schlüsselstellungen bei Paris, in Grenoble und in der Bretagne. All das ist aber, wie die ganze französische Entwicklung, in stetem Fluß.

Fliessende Grenzen

Was unterscheidet diese vier Parteien politisch von einander? Sollte man sie nach dem Schema "von links nach rechts" etikettieren, müßte man sie in nachstehender Reihenfolge nennen: PSU, Convention, Parti Socialiste, Parti Radical. - Die Grenzen sind aber fließend. Die "Radikalen" bilden eine Brücke von der PS zum Zentrum. Die PSU spielen eine Zeitlang mit Mendès-France z w i s c h e n SFIO und KPF zu stehen, das gleiche gilt aber auch für Mitterrands Convention. - Bei deutlicher Abgrenzung von der KPF sind gegenwärtig sowohl die Parti Socialiste, als auch die Convention und die PSU für öffentliche Debatten und gemeinsame Aktion mit der KPF, während die Radikalen im Einklang mit einem rechten Flügel der PS einen Zusammenschluß mit dem linken Flügel des Zentrums (Lecanuet) anstreben.

Organisatorisch sind die Grenzen noch verschwommener. In zahlreichen Bezirken und Departements sind alle vier sozialistisch-demokratischen Strömungen praktisch zu einer Organisation vereint. Die Spaltung besteht hauptsächlich an der Spitze. Alain Savary, Francois Mitterrand, Jean-Jacques Servan-Schreiber und Michel Rocard bemühen sich gleicherweise, in persönlichen Kontakten die eine oder andere

Provinzorganisation für ihre Richtung zu gewinnen.

Dilemma

Die 1965 entstandene FGDS (Fédération de la Gauche Démocratique et Socialiste) ist zerfallen. Sie umfaßte die SFIO, die Convention, die Parti Radical und eine Reihe von "Clubs", nicht aber die PSU. - Auftakt zur Gründung der FGDS war die Staatspräsidentenwahl 1965, Anlaß zu ihrem Zerfall war die Staatspräsidentenwahl 1969. Im ersten Fall stand Frankreichs Linke geeinigt. So erhielt Francois Mitterrand 45 Prozent der Wählerstimmen gegen de Gaulle. Im zweiten Fall war die Zersplitterung größer denn je: Fünf Linkskandidaten.

Die FGDS sollte ursprünglich als Dachorganisation aller sozialistisch-demokratischen Kräfte eine Übergangsform zu einer wirklich vereinigten Sozialdemokratischen Partei Frankreichs sein. Nun zerbrach sie an dem Dilemma: Einheitsfront mit der in Frankreich ungewöhnlich starken Kommunistischen Partei oder mit dem Zentrum? - Die Radikalen sind für schärfste Abgrenzung von der KPF und für einen Zusammenschluß mit dem Zentrum. Daher trennten sie sich kürzlich von der FGDS auch auf parlamentarischer Ebene. Die gemeinsame Kammerfraktion der FGDS ist zerfallen. - Übrig blieben somit für die geplante sozialistisch-demokratische Wiedervereinigung nur noch die SFIO, die Convention und verschiedene Clubs. Auch sie konnten sich aber nicht einig werden.

Flasko

Der Streit entflammte hauptsächlich mit der Kandidatur für die Staatspräsidentenwahl, die zeitlich mit dem sozialistischen Neugründungsparteitag zusammenfiel. - Mitterrands Conventionisten und der linke Flügel der SFIO (Savary) waren für Verhandlungen mit der KPF zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Linkskandidaten wie 1965. Der rechte Flügel der SFIO (Defferre) war von vornherein gegen derartige Verhandlungen und erklärte sich entweder für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten ohne vorherige Konsultierungen der anderen Linksparteien oder für die Unterstützung des liberalen Zentrums (Poher).

So gingen Frankreichs Sozialisten getrennt und zerstritten in den Präsidentenwahlkampf. Defferre setzte nach harten Auseinandersetzungen auf dem Parteitag in Alfortville mit knapper Mehrheit seine eigene Kandidatur durch und erhielt dann trotz Unterstützung durch Mendès-France nur fünf Prozent; ein Flasko, das jetzt noch die Parti Socialiste belastet. Erhebliche Teile der sozialistischen Wähler stimmten aus Protest entweder für den kommunistischen Kandidaten Duclos oder für den Linkssozialisten Rocard oder im Einklang mit den Radikalen und mit dem linken Zentrum für Poher. - Frankreichs Linke verpaßte somit eine wichtige Gelegenheit. Fast hat man den Eindruck, als wollte sie diese Chance verstreuen, weil sie politisch und organisatorisch für die Macht ablösung noch nicht bereit war.

Besinnung?

Man hat jedoch den Eindruck, daß die Wiedervereinigung nur verschoben ist. Die Parti Socialiste wählte Alain Savary zum Generalsekretär, einen Mann also, der ebenso wie Mitterrand für eine gemeinsame Linkskandidatur war. Mollat und Defferre haben sich zurückgezogen. Angesichts der neuen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise, die über Frankreich heraufzieht, erscheinen die Differenzen zwischen den verschiedenen Teilen der demokratischen Linken geringfügig. In diesem Zeichen stehen die letzten gemeinsamen Erfolge in Nachwahlen und neue Initiativen zu echter Besinnung und Wiedervereinigung am Vorabend unweidlicher Entscheidungen.